

Update aus Berlin

Januar 22

Mi, 26/01/19:30:

Bespricht

NEUES aus dem Wahlkreis

WICHTIGES

aus dem Bundestag



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Die parlamentarische Arbeit nimmt Fahrt auf. In dieser Woche hat sich unser Bundeskanzler Olaf Scholz zum ersten Mal der Regierungsbefragung gestellt. Er war dabei wie immer souverän, ruhig und bestens informiert. Auch ich durfte meine erste Rede in diesem neuen Jahr halten. Worüber ich gesprochen habe, erfahrt ihr in diesem Update.

Des Weiteren gab es natürlich viele weitere Termine, über die ihr in diesem Update mehr erfahrt. In den Gesprächen ist mir immer aufgefallen: Es macht einen Unterschied, welche Partei die stärkste Fraktion im Bundestag ist und den Bundeskanzler stellt. Wir behalten den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Blick und werden längst überfällige Reformen angehen, um unsere Bundesrepublik zukunftsfest zu machen. Ganz nach dem Motto von Abraham Lincoln und Willy Brandt: "Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist sie zu gestalten."

Für meine Arbeit ist das Gespräch mit den Menschen aus unserem Kreis Warendorf unerlässlich. Daher biete ich ab der kommenden Woche eine regelmäßige Telefonsprechstunde an. Alle weiteren Details hierzu findet ihr am Ende des Updates. Erzählt diese Möglichkeit gerne weiter, besonders in diesen bewegenden Zeiten gibt es bei vielen Menschen einen großen Redebedarf.

Ich hoffe, ihr seid gut in das neue Jahr gekommen und konntet gut die Feiertage im Kreis eurer Familie und Freunde genießen. Auch wenn es das zweite Weihnachten unter Coronabedingungen war, so besitzen wir durch die Impfung und das breite Testangebot mittlerweile bessere Schutzmöglichkeiten als noch vor einem Jahr. Dies stimmt mich optimistisch für das neue Jahr 2022.

Bleibt gesund!

Euer

Juntard Falding

Inhalt

Erste Regierungsbefragung mit Olaf Scholz. >>> Der parlamentarische Betrieb nimmt Fahrt auf. >>> Meine erste Rede im Jahr 2022. >>> Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger. >>> Wiederwahl in den erweiterten Fraktionsvorstand>>> Besuch im Tierheim des Kreises Warendorf. >>> Gespräch zur Impfpflicht mit einem, der es wissen muss. >>> Rückblick und Ausblick: B. Spricht mit... >>> Ankündigung Telefonsprechstunde.

B

Erste Regierungsbefragung mit Olaf Scholz



In der ersten Regierungsbefragung seiner Kanzlerschaft stellte sich Bundeskanzler Olaf Scholz in dieser Sitzungswoche den Fragen des Parlaments. Ein zentrales Thema vieler Fragen war aufgrund der steigenden Infektionszahlen mit erstmals mehr als 80.000 Neuinfizierten pro Tag, das Coronavirus. Kanzler Scholz machte nochmals klar, warum er eine allgemeine Impfpflicht befürwortet und warum er es befürwortet, dass die Abstimmung als eine Gewissensabstimmung erfolgt. Denn hierbei handelt es sich um eine weitreichende Debatte, welche eine größtmögliche demokratische Legitimation erfordert. In unserer Demokratie ist das Parlament für solche Debatten der richtige Ort. Als seine Begründung, warum er eine Impfpflicht befürwortet, machte Olaf Scholz klar: Bei der Entscheidung über eine Impfung entscheidet man nicht nur für sich selber. Wer sich nicht impfen lässt, nimmt beispielsweise in Kauf, dass aufgrund der vielen Coronapatienten Krankenhäuser wichtige Krebsoperationen verschieben. Die Impfung ist nicht nur als Selbstschutz anzusehen, sondern sie ist auch ein Akt der Solidarität. Kanzler Scholz machte zudem klar: Die eingeführten 2G+ Regelungen seien weitreichend, jedoch notwendig und erreichten den gewünschten Effekt. Zentrale Ziele sind zudem eine Erhöhung der Erstimpfungen und die Anzahl der Boosterimpfungen wieder auf das Vorweihnachtsniveau zu erhöhen.

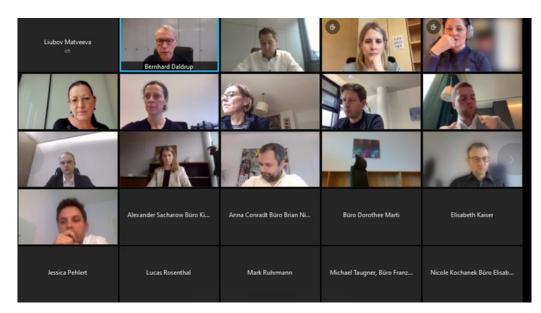
"Mit der Entscheidung sich nicht impfen zu lassen trifft man nicht nur eine Entscheidung für sich, sondern für 80 Millionen"

Ein weiteres zentrales Thema der Befragung war die Steigerung der Energiekosten. Olaf Scholz wies darauf hin, dass die Abschaffung der EEG Umlage zum 1. Januar 2023, sowie der Heizkostenzuschlag für Wohngeldempfänger die aktuell angespannte Lage entspannen würden. Nur durch den Ausbau von erneuerbaren Energien machen wir uns unabhängig von Preisschwankungen auf dem internationalen Markt.

Neben den nationalen Themen spielte auch die aktuelle Außenpolitik eine Rolle. Im Hinblick auf die angespannte Lage an der ukrainischen Grenze betonte Olaf Scholz nochmals, dass es keine mit Waffengewalt erzwungenen Grenzverschiebungen innerhalb Europas geben darf und er gemeinsamen mit seinen europäischen Kollegen und dem NATO-Verbündeten USA zur Deeskalation beitragen wird.

Der parlamentarische Betrieb nimmt Fahrt auf

In der ersten Sitzung
des Jahres der
fraktionsinternen AG
Wohnen haben wir uns
mit dem
Arbeitsprogramm für
diese Legislaturperiode
auseinandergesetzt.
Wir haben uns in der
Ampel-Koalition viel
vorgenommen:

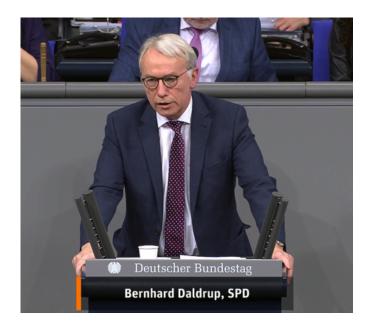


Wir wollen bezahlbaren Wohnraum schaffen, die Mietrechte stärken, unsere Innenstädte retten, das Bauwesen digitalisieren, Fachkräfte im Bauwesen und in den Ämtern sichern sowie die finanzielle Stabilisierung und damit die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden gewährleisten.

Das Thema, das uns in der Bau- und Wohnungspolitik jetzt schon alle in Atem hält, ist der Auslauf der Förderung des klimagerechten Wohnungsbaus auf der Grundlage des KfW-Programms im Rahmen des sogenannten KfW-55-Standards zum 31. Januar 2022. Bei der Förderung der KfW 55 geht es um den Baustandard für einen energieoptimierten Neubau bzw. Altbau nach Sanierung, der 2021 sowohl für Wohngebäude als auch für Nichtwohngebäude eingeführt wurde. Wer ein Effizienzhaus 55 baut, kann mit einem staatlichen KfW-Zuschuss rechnen, der umso höher ausfällt, je höher der energetische Standard ist, zu dem das Gebäude gerecht wird. Die verschiedenen Stufen der Energieeffizienz werden mit Kennzahlen angegeben: Ein Effizienzhaus 55 benötigt 55 Prozent der Energie eines Referenzgebäudes, das den Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes entspricht. Das Effizienzhaus 55 ist der meistgebaute Gebäudestandard im Neubausegment in Deutschland. Es ist aus meiner Sicht wichtig und richtig, dass wir uns im Gebäudesektor neuorientieren, um die Klimaziele sowohl im Neubau als auch im Bestand erreichen zu können. Allerdings führt die Einstellung der Förderung ohne ein qualifiziertes und kalkulierbares Anschlussprogramm zu Unsicherheit bei Käufern und Bauherren. Wir müssen für eine nahtlose Übergangslösung sorgen, um unsere Zielmarke von 400.000 Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 mit sozialer Förderung, nicht zu verfehlen. Darüber hinaus wurden in der Sitzung die stellvertretenden Sprecherinnen gewählt: Claudia Tausend und Elisabeth Kaiser. Als Vertreterin der Großmetropole München weiß Claudia Tausend bestens um die Probleme des bezahlbaren Wohnraums. Als Rüstzeug für den neuen Posten bringt Elisabeth Kaiser die Perspektive der neuen Bundesländer.



Meine erste Rede im Jahr 2022



Nach der Regierungsbefragung von unserem Bundeskanzler am Mittwoch beschäftigte sich das Parlament mit den Bundesministerien. In meiner ersten Rede in diesem Jahr habe ich zu dem neu geschaffenen Bauministerium gesprochen. Das wir ein eigenes Bauministerium geschaffen haben, zeigt: Wir haben die Relevanz des Thema Wohnraums verstanden, sowohl für die soziale Gerechtigkeit, als um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Am Anfang der Rede hat es mal wieder geknallt: Der AfD-Redner machte nach alter Leier die Flüchtlinge für die Probleme fehlenden Wohnraums verantwortlich. Als ich ihm widersprach gab es einen kurzen, heftigen Schlagabtausch. Ich werde der AfD auch künftig ihre kruden Erklärungen auf den Rücken einzelner Gruppen nicht durchgehen lassen.

In meiner Rede habe ich klar gemacht: Es gibt viel zu tun und wir haben dabei alle im Blick. Im ländlichen Raum muss der Erwerb von einem Eigenheim finanziell tragbar für Familien sein und in den urbanen Räumen brauchen wir dringend mehr bezahlbare Wohnungen.

Dies erreichen wir durch mehr Förderung, weniger Bürokratie und langfristige Planungssicherheit für die Bauwirtschaft. Olaf Scholz hat als Hamburger Bürgermeister ein "Bündnis für das Wohnen" initiiert. Dieses Projekt ist gut gelungen, die Zahl der Neubauten in Hamburg ist auf einem hohen Niveau und die Mieten steigen weniger stark als in anderen deutschen Großstädten. Dies kann uns als starkes Vorbild für unser "Bündnis bezahlbarer Wohnraum" auf Bundesebene dienen. Unser großes Ziel sind 400.000 jährliche Neubauten, von denen 100.000 öffentlich gefördert sein werden. Ich habe zudem klar gemacht: Es ist eine gute Nachricht für die Rechte der Mieterinnen und Mieter, dass eine Partei, welche 1,25 Millionen Euro Großspenden von der Immobilienbranche erhalten hat, nun in der Opposition ist. Als Ampel-Koalition werden wir die geltenden Mieterschutzregelungen verlängern und im Detail nachbessern. Uns drei Koalitionspartner eint das Ziel, dass Wohnraum für alle bezahlbar ist, so unterschiedlich die Lebensumstände auch sein mögen.



Die vollständige Rede findet Ihr hier.





Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger

Die stark gestiegenen Energiekosten treffen Bürgerinnen und Bürger mit kleineren Einkommen besonders stark. Daher haben wir uns in den Koalitionsverhandlungen für einen kurzfristigen und einmaligen Heizkostenzuschuss stark gemacht. Dadurch sollen Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben und die Mehrkosten aus den kalten Wintermonaten aufgefangen werden. Unsere Bauministerin Klara Geywitz hat nun erste Leitplanken für dieses Gesetzesvorhaben vorgestellt.

Staffelung

135 Euro für 1-Personen-Haushalt175 Euro für 2-Personen-Haushalt35 Euro Zuschlag für jede weitere Person im Haushalt



Im Durchschnitt gilt: Je niedriger das Einkommen, umso höher ist der prozentuale Anteil, den ein Haushalt für Wohnkosten ausgibt. Steigende Heizkosten belasten daher diese Haushalte erheblich stärker. Bei der Wohngeldberechnung bleiben die Heizkosten, anders als im Rahmen der Grundsicherungssysteme, außer Betracht. Vor dem Hintergrund dynamisch steigender Energiepreise ist zur sozialen Abfederung daher ein einmaliger Heizkostenzuschuss, der an der Eigenschaft des Wohngeldempfangs anknüpft, erforderlich. Eine Anrechnung dieses einmaligen Heizkostenzuschusses bei anderen Sozialleistungen (z. B. Kinderzuschlag) soll nicht erfolgen. Ziel ist, dass das Gesetz bereits in der 1. Jahreshälfte 2022, das heißt noch vor Eingang der Nebenkostenabrechnungen, in Kraft tritt. Der Empfängerkreis beträgt voraussichtlich 710.000 Haushalte, davon 2.000 im Kreis Warendorf, und die Kosten belaufen sich auf 130 Millionen Euro.

In eigener Sache: Wiederwahl in den erweiterten Fraktionsvorstand



In der ersten Fraktionssitzung des neuen Jahres haben wir als Fraktion den erweiterten Fraktionsvorstand gewählt. Neben mir kandidierten weitere 41 Abgeordnete um die 25 Sitze im erweiterten Fraktionsvorstand. Ich freue mich sehr, dass ich mit einem starken Ergebnis wiedergewählt wurde und bedanke mich bei meinen Kollegen für das mir entgegengebrachte Vertrauen und die damit verbundene Wertschätzung meiner Arbeit. Der erweiterte Fraktionsvorstand bildet zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden, den acht stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden sowie den Parlamentarischen Geschäftsführer:innen den Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion. Gemeinsam planen wir die Arbeit der Fraktion und führen ihre Geschäfte.

Gedanken zur Impfpflicht aus Wissenschaft und Praxis: Im Gespräch mit dem Kinder- und Jugendarzt Priv.-Doz. Dr. Carsten Krüger

Immer wieder habe ich in den letzten
Monaten für die Impfung gegen Covid-19
geworben. Für mich ist ein
verpflichtender und dadurch
flächendeckender Impfschutz der einzige
langfristige Weg aus der Pandemie. Mein
deutlicher Appell an (noch)
Impfunwillige: Der vermeintliche
Freiheitsanspruch ist in diesem Fall
reiner Egoismus. Angemessen sind
stattdessen Vernunft und Solidarität.



Einer, der diese Ansichten ebenfalls teilt, ist PD Dr. Carsten Krüger, Chefarzt der Kinderklinik im Ahlener St. Franziskus Hospital. Kürzlich hat er in einem wissenschaftlichen Artikel seine Argumente für eine Impfpflicht niedergeschrieben. Wobei PD Dr. Krüger in seinem Artikel nicht nur medizinische Argumentationsstränge zur Impfflicht verfolgt, sondern ebenso juristische, philosophische und ökonomische Überlegungen zu den Folgen der Impfpflicht anstellt. Was für ihn jedoch bei all diesen Aspekten an Bedeutung überwiegt, sind die psychosozialen Faktoren: "Wenn die Impfung gegen das Corona-Virus zur medizinischen Standardvorsorge gehört, wie es bei anderen Impfstoffen seit Jahrzehnten gelebte Praxis ist, ermöglichen wir besonders den Jüngsten unserer Gesellschaft wieder mehr Teilhabe und eine kindgerechte Entwicklung, was von unschätzbarem Wert ist." Er ist sich sicher: "Kinder und Jugendliche werden auch in Zukunft noch durch spürbare Spätfolgen unter dem Pandemiegeschehen leiden." Keine Spätfolgen allerdings gibt es bei der Impfung zu befürchten, räumt der Kinderarzt und Medizinethiker mit einem noch immer geläufigen Vorurteil auf: "Egal bei welcher Impfstoffart, egal ob gegen Corona oder andere Erkrankungen: Nebenwirkungen treten, wenn überhaupt, in den ersten Tagen bis maximal wenige Wochen als Folge der Anregung des Immunsystems auf, die der Impfstoff hervorruft. Dies geschieht unmittelbar nach der Impfung. Nebenwirkungen, die erst nach Monaten oder sogar Jahren auftreten, gibt es schlichtweg nicht." Für mich verdeutlicht der Austausch einmal mehr: Nüchtern und wissenschaftlich betrachtet spricht alles für eine Impfung. Meine Bitte: Wartet nicht erst die Diskussionen um eine allgemeine Impfpflicht ab. Informiert euch, schützt euch und eure Mitmenschen und bitte lassen euch impfen! PD Dr. Krüger schließt das Gespräch mit einer Argumentation aus seinem Artikel ab: "Wer vehement auf die eigene Freiheit pocht, sich nicht impfen zu lassen, muss dabei immer auch bedenken, dass Nicht-Geimpfte durch ihre erhöhte Infektiosität unter Umständen massiv in die Freiheit Geimpfter eingreifen, die sie für sich selbst als so unantastbar beanspruchen. Damit wird nur der Fortbestand der Pandemie befördert."

Vorweihnachtlicher Besuch im Mammut-Tierheim





Der Einladung von Christiane Schäfer, Vorsitzende des Tierschutzvereins Ahlen und Umgebung und von unserem Landtagskandidaten Frederik Werning bin ich gerne nachgekommen: Kurz vor den Feiertagen haben wir gemeinsam mit meiner Kollegin im Landtag, Annette Watermann-Krass, und unserem weiteren Kandidaten Ralf Pomberg eine Spende an das Mammut-Tierheim übergeben. Da der Standort in Ahlen für Hunde und Katzen im ganzen Kreis zuständig ist, ist hier immer was los. Mehr Platz wird dringend benötigt. Die Ahlener SPD will sich dem annehmen. Eine sehr wichtige Einrichtung, die sich auch weiterhin auf ein offenes Ohr und die Unterstützung der SPD verlassen kann!



B. Spricht... im Januar: Wieso, weshalb, warum?

Mein erstes Live-Video mit zwei Gästen! Danke, lieber Dennis und lieber Ralf, dass Ihr Euch die Zeit genommen habt, um mir und rund 100 Zuhörerinnen und Zuhörern von Eurer Motivation

für die Politik zu erzählen.

Dennis ist Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreistag und hat Ende 2021 das Amt des Kreisvorsitzenden von mir übernommen, Ralf kandidiert im Nordkreis für die Landtagswahl 2022. Ich bin mir ganz sicher, dass wir von beiden noch eine Menge hören werden!

In die nächste Runde geht B. Spricht übrigens am 26. Januar - ich spreche wieder über das "Wieso, weshalb, warum" in der Politik und möchte dann von zwei jungen und sehr engagierten Menschen ihre Beweggründe erfahren!



Telefonsprechstunde am 19. Januar von 14 bis 16 Uhr

Steigende Corona-Zahlen, steigende Preise im Alltag und immer noch kein Ende in Sicht: Wir leben in einer schwierigen Zeit. Deshalb führe ich wieder eine regelmäßige Telefonsprechstunde ein. Die erste findet am kommenden Mittwoch von 14 bis 16 Uhr statt. Meldet Euch unter der angegebenen Nummer - wenn ich nicht direkt rangehen kann, rufe ich Euch zurück!

02382 - 914422



